

Ressort: Politik

Strafsteuer für zuckerhaltige Lebensmittel wieder im Gespräch

Berlin, 08.11.2013, 03:17 Uhr

GDN - Wenn es nach den Vorstellungen von Gesundheitspolitikern von SPD und CDU geht, sollen Übergewichtige in Deutschland auf eine Art Zwangsdiät gesetzt werden. Wie "bild.de" berichtet, soll demnach auf besonders kalorienreiche Produkte eine Strafsteuer erhoben werden.

SPD-Gesundheitsexperte Edgar Franke sprach sich für einen Aufschlag in Höhe des halben Mehrwertsteuersatzes für Nahrungsmittel mit mehr als umgerechnet 275 Kalorien je 100 Gramm aus. Grundsätzliche Unterstützung erhielt der SPD-Politiker von CDU-Gesundheitsexperte Erwin Rüdell. Franke, der Mitglied des Bundestags-Gesundheitsausschusses ist, zu "bild.de": "Übergewicht und Fettleibigkeit sind Hauptrisikofaktoren für Bluthochdruck, Herz- und Kreislauferkrankungen, Diabetes und Krebs. Eine Gesundheitssteuer auf besonders fetthaltige und zuckerreiche Nahrungsmittel wie Chips, Fastfood und extrem kalorienreiche Süßigkeiten würde das Ernährungsbewusstsein vieler Menschen mit Übergewicht schärfen und könnte so eine gesundheitspolitisch wünschenswerte Veränderung der Essgewohnheiten bewirken." Franke verwies auf das Beispiel von Mexiko, wo eine Steuer in Höhe von acht Prozent auf kalorienreiches Essen eingeführt wird. Dem SPD-Politiker betonte gegenüber "bild.de", ihm gehe es nicht in erster Linie um Mehreinnahmen für den Staat, sondern er Sorge sich um die Volksgesundheit. Laut "bild.de" schätzen Experten die jährlichen Kosten infolge der durch Übergewicht verursachten Krankheiten auf rd. 17 Milliarden Euro. Franke will deshalb die Mehreinnahmen aus der "Dicken-Steuer" vor allem für zusätzliche Präventionsmaßnahmen verwendet wissen. Darin wird der SPD-Gesundheitspolitiker von seinem CDU-Kollegen Erwin Rüdell grundsätzlich unterstützt. Rüdell, der ebenfalls dem Bundestags-Gesundheitsausschuss angehört, sagte "bild.de": "Ein Risikoaufschlag auf extrem kalorienreiche Nahrungsmittel könnte helfen, das Ernährungsbewusstsein zu schärfen." Laut Ernährungsbericht der Bundesregierung leiden in Deutschland 67,1 Prozent der Männer und 52,9 Prozent der Frauen an Übergewicht. Fettleibigkeit ("Adipositas") kann u.a. Diabetes, Herzinfarkt, Schlaganfall, Gelenkschäden sowie Darm-, Prostata- und Brustkrebs verursachen. Aber auch schon 15 Prozent der Kinder und Jugendlichen bringen zu viele Pfunde auf die Waage.

Bericht online:

<https://www.germandailynews.com/bericht-24753/strafsteuer-fuer-zuckerhaltige-lebensmittel-wieder-im-gespraech.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD

483 Green Lanes

UK, London N13NV 4BS

contact (at) unitedpressagency.com

Official Federal Reg. No. 7442619